

Das neue Südafrika: Vom Umbruch zum Zusammenbruch? Eine deutsche Sicht

Klaus Freiherr von der Ropp

Zusammenfassung: Bis 1994 kannte Südafrika kaum Rechtstaatlichkeit und Demokratie. Dennoch gab es sich, maßgeblich durch deutsche Institutionen beraten, eine westlich liberale Verfassung. Sie ermöglichte es der alleine herrschenden Führung von ANC und dessen Mitstreitern, die öffentliche Verwaltung von Grund auf zu erneuern und mit eigenen Gefolgsleuten zu besetzen. Diese waren selten qualifiziert. Die Folge waren verbreitete Ineffizienz und Korruption. Das beklagen heute auch bedeutende Anti-Apartheid-Aktivistinnen lautstark. Außerdem kommt es, inmitten von Anarchie und wachsender Armut, tagtäglich zu „service delivery protests“. Im August 2012 brachen im Bergbau und der Landwirtschaft monatelange wilde, teils gewalttätige Streiks aus. Wie schon bei der Überwindung der Apartheid vor fast einem Vierteljahrhundert, so wird auch heute eine „interventionistische“ Diplomatie Großbritanniens und der USA unentbehrlich sein. Mangelnde Sachkunde wird abermals für einen deutschen Beitrag kein Raum sein.

Schlüsselwörter: Demokratiedefizit · Deutsches Interesse · Deutsches Desinteresse · Kriminalität · Implosion · Vermittelnde Diplomatie

The New South Africa: From Transformation to Collapse? A German View

Abstract: Up to 1994, there was no democracy and hardly any rule of law in South Africa. And yet, advised decisively by German institutions, its parties accepted a Western liberal constitution. It enabled the governing ANC and its allies to fundamentally renew the country's public administration and to put its own followers into more or less all relevant positions, even if they were seldom qualified. An invitation to inefficiency and corruption! This is sharply criticized today even by former anti-apartheid activists. In the midst of anarchy and growing poverty, there are "service delivery protests" every day. In August 2012, there was an outbreak of wildcat strikes in the field of mining and agriculture. Just like a quarter of a century ago, when apartheid was toppled, "interventionist" diplomacy by the UK and the US will be needed again today. And again, because of lack of expertise, there will be no role for Germany's diplomacy.

Keywords: Democratic deficit · German involvement · German indifference · Crime · Implosion · UK-US diplomacy of intervention

Online publiziert: 07.08.2013

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Dr. K. F. von der Ropp (✉)

Southern Africa Consulting,

Feuerbachstraße 6, 14471 Potsdam, Deutschland

1 Einleitung

Im Mai 1994 ereignete sich im äußersten Süden Afrikas vermeintlich ein Wunder. Der Repräsentant des weißen Südafrikas (heute kaum noch 10% der Gesamtbevölkerung von inzwischen ca. 50 Millionen Einwohnern), Staatspräsident Frederik Willem de Klerk, übertrug aus freien Stücken dem Vertreter der übergroßen schwarzen Mehrheit (inzwischen über 75%), Nelson R. Mandela, nach vierjährigen Verhandlungen die Regierungsverantwortung. Und das ohne das zuvor weltweit erwartete Blutvergießen. Im schwarzen Südafrika, im übrigen Afrika und in der hierzu oft wenig kundigen Außenwelt hatte sich schon zuvor eine euphorische Aufbruchsstimmung breit gemacht. Wurde mit der friedlichen Überwindung der in 350 Jahren gewachsenen rassistischen Trennung (in den letzten 40 Jahren ihres Bestehens „Apartheid“ genannt) doch ein Konflikt beigelegt, der zuvor u. a. die UN-Vollversammlung Jahr für Jahr auf das Intensivste beschäftigt hatte. Und bereits in den 1970er Jahren hatte kein Geringerer als Egon Bahr von der Gefahr gesprochen, dass sich an dem rohstoffreichen und strategisch wichtigen Südafrika im Wege der horizontalen Eskalation ein dritter Weltkrieg entzünden könne (Egon Bahr zit. n. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 1977).

Noch während der Transformationsverhandlungen in Kempton Park bei Johannesburg engagierte sich neben den skandinavischen Staaten und Kanada vor allem das wiedervereinigte Deutschland beim Aufbau des künftigen demokratischen Post-Apartheid-Südafrika. Involviert waren u. a. alle Fraktionen des Deutschen Bundestags, der Bundesrat und etliche Landtage, viele Bundes- und Landesministerien, die meisten Landesregierungen und die Bundeswehr sowie unter den deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor allem die politischen Stiftungen. Die Letzteren entsandten nahezu die komplette Elite der deutschen Staatsrechtslehrer. Eine verhängnisvolle Schwäche ihrer aller Beiträge war die nie überprüfte Annahme, die 1949/1990 im Nachkriegsdeutschland mit großem Erfolg gewachsene liberal-demokratische Verfassung lasse sich auf die Kaprepublik, ein Land ohne demokratische und rechtsstaatliche Kultur, übertragen. Mit anderen Worten: In Deutschland wie auch in der übrigen Welt wurde die Demokratiefähigkeit der südafrikanischen Gesellschaft schlichtweg unterstellt! Es galt die unsinnige Annahme „You can legislate democracy into existence“. Nur sehr wenige Akteure und Beobachter des südafrikanischen Transformationsprozesses hatten den Mut zu widersprechen: in Deutschland nur Helmut Schmidt im Jahr 1977 im Gespräch mit US-Vizepräsident Walter Mondale¹ und Egon Bahr (zit. n. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 1977) sowie anknüpfend an sie, Otto Graf Lambsdorff (1986). In Kenntnis der kulturellen Zerrissenheit Südafrikas und schon im Interesse der Stabilität des neuen Südafrika redeten sie einem verfassungsrechtlich verankerten Schutz der ethnischen Minderheiten (Coloureds, Weiße und Inder) das Wort. Ähnlich argumentierte die erstklassige US-amerikanische Journalistin Patti Waldmeir: „Democratic niceties will have to be sacrificed in the overwhelming interest of new stability“ (Financial Times 1993, S. 3). Doch fast überall wurden diese Warnungen von einer politisch korrekten Außenwelt überhört.

1 Persönliche Mitteilung von Prof. Dr. Hermann Giliomee der Universität Stellenbosch an den Verfasser.

Das galt auch für die Bedenken des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama (1991). Er wies darauf hin, dass viele führende Vertreter der heute regierenden „Allianz“ aus African National Congress (ANC), Congress of South African Trade Unions (Cosatu) und South African Communist Party (SACP) in der sozialistischen Welt, nicht zuletzt in der DDR, ausgebildet worden seien. Daher seine Sorge, die Allianz könne sich an kommunistischen Vorbildern trotz deren jämmerlichen Untergangs orientieren. Es bleibt abzuwarten, was der Umstand zu bedeuten hat, dass der ANC bis auf den heutigen Tag junge Kader auf Parteischulen der chinesischen Kommunistischen Partei entsendet.

Vorsichtiger waren die britische und die US-amerikanische Regierung. In Kenntnis auch der 340 Jahre alten Geschichte der weißen Afrikaaner („Buren“) fürchteten sie bewaffneten Widerstand. Diese starke Bevölkerungsgruppe war in ein Lager aufgeklärter Konservativer um den allseits respektierten General Constand Viljoen und ein Lager rückwärtsgewandter Reaktionäre zu spalten, was gelang. Auch der ANC war bereit, mit dem aufgeklärten Lager zu verhandeln. So konnte am 23. April 1994, wenige Stunden vor der ersten demokratischen Wahl, der Accord on Afrikaner Self-Determination unterzeichnet werden. Der Accord sah, so die einmütige Auslegung, eine territoriale Absicherung des Rechts von Minderheiten auf Selbstbestimmung innerhalb Südafrikas vor, was 1996 auch mit Artikel 235 in die neue Verfassung aufgenommen wurde. Territoriale Selbstbestimmung sollte unter zwei Voraussetzungen erfolgen: der Praktikabilität einer solchen Lösung sowie einer genügend großen Unterstützung unter den 2,7 Millionen Afrikaanern. Die Implementierung dieses Accord scheiterte dann aber am mangelnden Entgegenkommen des ANC und der Zerstrittenheit der Afrikaaner.

Auch in der Folgezeit war u. a. Deutschland bemüht, den südafrikanischen Transformationsprozess zu fördern, so durch Vereinbarung einer strategischen Partnerschaft (1996), deren Kern die alle zwei Jahre tagende binationale Kommission ist. Es folgten das für das Entwicklungsland Südafrika wichtige Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit, das 1998 zur Aufnahme der Kaprepublik in den Kreis der EU-AKP-Staaten (Konvention von Cotonou) führte, wenngleich wegen ihrer (relativen) außenwirtschaftlichen Stärke nur mit einem eingeschränkten Status. Im Jahr 2006 kam es dann zum Abschluss einer Strategischen Partnerschaft EU/Südafrika. In Nordamerika gab es darüber hinaus vereinzelte Stimmen, die Südafrika in die NATO aufnehmen wollten. Eine groteske Fehleinschätzung des ANC und seiner Verbündeten!

Mit der Verfestigung der Macht der seit 1994 regierenden ANC/Cosatu/SACP-Allianz mehrten sich in Südafrika die Stimmen, die geltende Verfassung sei nur ein Provisorium. Kritiker hatten immer schon den Verdacht geäußert, sie sei von den neuen Machthabern nur akzeptiert worden, um die westliche Welt, vor allem Großbritannien und die USA, zu beschwichtigen. Viele der heute politisch Verantwortlichen reden daher einer „zweiten Revolution“ das Wort. Auffällig ist u. a. auch die vom in der DDR ausgebildeten Justizminister Jeff Radebe immer wieder vorgebrachte Forderung, sein Land bedürfe einer „Nationalen Demokratischen Revolution“, wie 2007 auf dem ANC-Parteitag in Polokwane bekräftigt. Schließlich verdient Beachtung, dass insbesondere in Zusammenhang mit der unstrittig dringlichen Landreform von dem Modellcharakter der simbabwischen Revolution unter Staatspräsident Robert Mugabe die Rede ist. Dass sie die Landwirtschaft des einst hoch entwickelten Nachbarlandes weitgehend zerstörte und Millionen

Menschen in die Verarmung trieb (Hawkins 2013), findet kaum Beachtung. Und das trotz der Anwesenheit von über 2,5 Millionen simbabwischen Flüchtlingen in Südafrika.

2 Vorboten von „Marikana“

Auch in Südafrika hat die Armut der Schwarzen seit dem Sieg der Demokratie massiv zugenommen. Zwar können viele von ihnen nun von – bescheidenen – staatlichen Sozialleistungen profitieren. Doch zeigt der aktuelle *UNDP Human Development Report 2013* schwerste sozioökonomische und gesellschaftliche Probleme auf. Trotz eines Bruttonationaleinkommens von 9594 US-\$ pro Kopf muss sich die Kaprepublik mit einem unbefriedigenden 121. HDI-Rang begnügen. 13,8% der Einwohner leben von weniger als 1,25 US-\$ pro Tag, 23% unterschreiten die nationale Armutsgrenze (UNDP 2013). Kennzeichen des demokratischen Südafrikas sind gemäß UNDP hohe strukturelle Arbeitslosigkeit (55% der 15- bis 25-Jährigen!), extreme Gegensätze zwischen Arm und Reich und die weltweit höchste Zahl der HIV/Aids-Infizierten.

Hinzu kommt eine extreme, oft blutrünstige Gewaltkriminalität. Zwar konnte in den letzten Jahren ein statistischer Rückgang bei vielen Straftaten erreicht werden, doch ist die Kriminalität weiterhin auf erschreckend hohem Niveau. So wurden in Südafrika im Berichtsjahr 2011/2012 bei einer Bevölkerungszahl von 50 Millionen Menschen 15.609 Mord- und Totschlagsdelikte, 64.514 Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen sowie 154.183 Fälle schweren Raubes bilanziert (South African Police Service 2012). Zum Vergleich das mit 82 Millionen Einwohnern wesentlich dichter besiedelte Deutschland: 2174 Mord- und Totschlagsdelikte, 7539 Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen sowie 48.021 Raubdelikte im Jahr 2011 (Bundeskriminalamt 2012). In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass viele Straftaten wegen der Ineffizienz der Polizei gar nicht erst angezeigt werden. So trägt eine südafrikanische NGO gegen Vergewaltigung den Namen One in Nine Campaign, weil davon ausgegangen wird, dass nur eine von neun Taten angezeigt wird. Auch ist die Polizei, wie viele andere Institutionen, hoch korrupt und dies bis in die höchste Führung: 2010 wurde der langjährige Polizeichef Jackie Selebi wegen schwerer Bestechlichkeit zu 15 Jahren Haft verurteilt (zwei Jahre später freilich aus „medizinischen Gründen“ vorzeitig entlassen), und auch sein Nachfolger Bheki Cele wurde bereits wegen Korruptionsvorwürfen suspendiert.

Anders als zur Zeit der Apartheid gibt es heute am Kap eine durchaus nennenswerte schwarze Mittelschicht und eine – allerdings sehr dünne – schwarze Oberschicht. Deren Angehörige verdanken ihren Aufstieg ihrer Nähe zum ANC und seiner Allianzpartner. Nur sie profitierten von der Politik des Black Economic Empowerment (BEE) der neuen Machthaber. Entweder erhielten sie „Filetstücke“ bei der Privatisierung von Staatsunternehmen oder die bisherigen internationalen Alleineigentümer übertrugen ihnen, in der Regel ohne entsprechende Gegenleistung, Anteile an den Bergbauunternehmen und anderen Konzernen. Dies erfolgte im Interesse einer Einbindung der führenden ANC-Politiker in den südafrikanischen Kapitalismus. Korruption verschaffte den neuen schwarzen Eigentümern vielfältige Möglichkeiten, ihren neuen Unternehmen günstige Kredite und lukrative Staatsaufträge zu beschaffen. Diese „fat cats“ haben im demokratischen Süd-

afrika eine ähnliche Stellung wie die „neuen Russen“ im postkommunistischen Russland. Der breiten Masse der schwarzen Bevölkerung hat BEE nichts gebracht.

Deutlich größer ist die Zahl der schwarzen Südafrikaner, die ihre wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Politik der *affirmative action* verdanken. In den Jahrhunderten der Rassentrennung wurde Südafrika zwar nicht gerecht, aber effizient von Afrikanern verwaltet, während die englischsprachigen Weißen bis heute die modernen Sektoren der Volkswirtschaft steuern. Anders als in den britischen und französischen Kolonien wurden vor 1989 kaum Schwarze für anspruchsvolle Aufgaben im Staatsdienst ausgebildet. Bis heute ist hier kaum für Abhilfe gesorgt worden, weswegen gerade in der staatlichen Verwaltung und den Staatskonzernen viele der neuen schwarzen Funktionäre heillos überfordert sind.

Im Schulwesen ist der Machtwechsel von der Minderheits- zur Mehrheitsherrschaft nicht zu einem radikalen Neubeginn genutzt worden. Die von dem weißen Regime über viele Jahre unter Hausarrest gestellte Ärztin Mamphela Ramphele ist heute eine der bedeutendsten neuen Kritikerinnen des ANC. Im März 2012 stellte sie in der „Solomon-Mahlangu-Vorlesung“ fest, das heutige Schulwesen sei schlechter als dasjenige, für dessen Überwindung 1976 viele Jugendliche in Soweto gestorben seien (Ramphele 2012a). Der Vizekanzler der Universität des Freistaats, Professor Jonathan Jansen aus der Bevölkerungsgruppe der Coloureds, prognostizierte im selben Jahr in seinem Vortrag vor der Helen Suzman Foundation den Zusammenbruch der südafrikanischen Demokratie binnen zehn Jahren, wenn die Bildungskrise nicht gelöst würde. An vielen Schulen schließen Lehrkräfte mit Schutzbefohlenen, Vergewaltigungen und Drogen seien endemisch. Die unzureichende Ausbildung schüre bei jungen Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, geradezu ein gewalttätiges Verhalten (Jansen 2012). Obwohl Insead und das World Economic Forum die Qualität des südafrikanischen Bildungswesens nur auf Platz 140 von 144 untersuchten Ländern einstufen – schlechter als in vielen ärmeren afrikanischen Ländern –, die Qualität des Unterrichts in Mathematik und Naturwissenschaften gar nur auf Platz 143 von 144 (Insead/World Economic Forum 2013), stellte Schulministerin Angie Motshekga im Januar 2013 in Abrede, dass es eine qualitative Erziehungskrise gäbe. Doch ist Realität, dass es infolge allgemeiner Disziplinlosigkeit, weit verbreiteten Vandalismus und Versagen der Ministerien vor allem in schwarzen Townships kaum noch geordneten Unterricht gibt – Lehrkräfte schwänzen Unterrichtsstunden, und viele Schulen verfügen nicht einmal über brauchbares Unterrichtsmaterial. Das inmitten einer weitgehend durch *affirmative action* ausgelösten Anarchie. Denn auch in der öffentlichen Verwaltung wurden bewährte, aber der alten Ordnung entstammende Staatsdiener durch nicht entsprechend ausgebildete ANC-Gefolgsleute abgelöst. Daher der allgemeine Niedergang. Vieles von dem, was bis 1994 aufgebaut worden ist, ist schlichtweg kollabiert: in den zunehmend politisierten, von Grabenkämpfen gezeichneten Kommunalverwaltungen, bei der Polizei, im Gesundheitswesen, im Straßen-, Eisenbahn- und sonstigen Transportwesen, in der Trinkwasseraufbereitung und der Abwasserentsorgung etc. Vieles von dem, was seither entwickelt wurde, bringt den Menschen kaum etwas: Die meisten der vom Staat in großer Zahl gebauten Billighäuser waren bzw. sind von Anfang an baufällig, das den in den Slums wohnenden Menschen zur Verfügung gestellte Trinkwasser ist häufig kontaminiert, die elektrische Energie ist unbezahlbar geworden und wird zudem oft gestohlen. Soweit staatliche Dienstleistungen dennoch erbracht werden, geschieht

das häufig gegen Zahlung von Schmiergeld – dies auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die millionenfache illegale Zuwanderung aus darnieder liegenden afrikanischen Ländern sowie aus asiatischen Staaten wie Pakistan und China verschärfen die ohnehin in der Regel kaum lösbaren Probleme.

Für Millionen in Townships und ländlichen Regionen Lebende gilt: Mögen sie bis 1994 im Gefängnis gelebt haben, so leben sie heute im Dschungel. Die Hinwendung zu der ihnen u. a. aus Deutschland empfohlenen Demokratie bedeutet im Alltag für viele die Hinwendung zu Anarchie und noch größerer Armut. Ausländische Akteure haben so ganz erheblich zur dauerhaften Diskreditierung der Demokratie und Rechtstaatlichkeit beigetragen: Dem stehen nur wenige Zeichen der Hoffnung gegenüber. Der aus Kamerun stammende und in Südafrika lehrende Hochschullehrer Achille Mbembe hat schon vor einigen Jahren beklagt, in der Kaprepublik habe sich eine „Kultur“ von Korruption, Straflosigkeit und Unverantwortlichkeit zur Norm entwickelt. Eine weitere „Kultur“ ist die allgegenwärtige Tendenz zur Selbstbereicherung in jeder nur denkbaren Weise. Moeletsi Mbeki, Wirtschaftsjournalist und Bruder des 2008 abgehalfterten Staatspräsidenten Thabo Mbeki, hat verschiedentlich auch in Deutschland die Befürchtung geäußert, es sei nur noch eine Frage der Zeit, bevor die „Bombe Südafrika“ explodiere. Ähnlich der Erziehungswissenschaftler Neville Alexander, einstiger Humboldt-Stipendiat in Deutschland und Anti-Apartheid-Aktivist. Außer von einigen wenigen NGOs werden auch in Deutschland solche Warnungen von niemandem aufgegriffen. Auch die immer wieder geäußerte harsche Kritik des einstigen Erzbischofs und Friedensnobelpreisträgers Desmond Tutu und seines Nachfolgers Njongokulu Ndungane wird in Deutschland selbst von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) überhört, obwohl sie gemeinsam gegen die Apartheid gekämpft haben. Auch die EKD ist offenbar ratlos und nimmt, wie die deutsche Politik, die Implosion der Kaprepublik hin. Auf Desinteresse stoßen in Deutschland auch die vielen äußerst kritischen Stimmen schwarzer Autoren in den – mit Ausnahme des öffentlichen Fernsehens – nach wie vor erstaunlich liberalen Medien. Die regierende ANC-Allianz ist freilich bemüht, durch die im April 2013 vom Parlament verabschiedete „South African Protection of State Information Bill“ Nachrichten über Korruption und Ähnliches zu unterdrücken. Auch plant sie, Journalisten durch ein zu errichtendes „Medientribunal“ mit Androhung hoher Strafen bei „falscher“ oder „entwürdigender“ Berichterstattung zu disziplinieren.

Ein drastisches Beispiel für das deutsche Desinteresse am Niedergang, besser gesagt Zusammenbruch des neuen Südafrika lieferte ungewollt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Als sich Anfang Juli 2012 unter den Bergleuten in den Platingruben der Region Marikana (Rustenburg) illegale Streiks ausbreiteten und sich zu regelrechten Aufständen entwickelten, wurde darüber kaum berichtet. Am 16. August 2012 brachte die *FAZ* stattdessen im politischen Teil (!) einen großformatig bebilderten Aufsatz über einen landwirtschaftlichen Betrieb, der sich auf die Zucht von Fliegenmaden zur Verfütterung an Schlachttiere spezialisiert hat! Zuvor hatten alle deutschen politischen Stiftungen anlässlich der 100. Wiederkehr des Tages der Gründung der Befreiungsbewegung ANC Konferenzen veranstaltet. Weitgehend kritiklos wurde der „gelungene“ Übergang von einer rassistischen Ordnung zur Demokratie hervorgehoben. Verschwiegen wurde unter anderem, dass seit der Hinwendung zur Demokratie in Südafrika über 3000 weitgehend afrikanische Farmer und Angehörige ermordet wurden. Und das, obwohl Bartholomäus Grill

in einem *Die Zeit*-Dossier darüber detailliert berichtet hatte (Grill 2012). Da Pretoria Kritik am heutigen Südafrika als „Verrat“ ansieht, gefielen sich auch Veranstaltungen der Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) in politisch korrektem Verhalten.

3 Marikana oder die Stunde der Wahrheit

Erst die eskalierenden Auseinandersetzungen bei den wilden Bergarbeiterstreiks in Marikana sowie in Minen anderer Regionen führten zur andauernden Rückkehr Südafrikas in die internationale Berichterstattung.² Am 16. August 2012 eröffnete die Polizei mit scharfer Munition in Marikana das Feuer auf streikende Bergleute und tötete 34 von ihnen, 80 weitere wurden verletzt. Verbreitet war die Sorge, die Kaprepublik sei in eine Zeit brutaler Repression zurückgekehrt. Da die Opfer mit Macheten, Speeren, Knüppeln etc. bewaffnet waren, konnte Polizeiminister Nathi Mthethwa die These verkünden, die Gewalttätigkeiten seien von ihnen ausgegangen, die Polizei habe mithin in Notwehr gehandelt. Von Seiten der Streikenden wurde geäußert, einzelne Opfer seien in den Rücken geschossen worden und darüber hinaus seien die Waffen den Toten erst im Nachhinein zugesteckt worden. Eine Untersuchungskommission ist bemüht, hier Klarheit zu schaffen. Da viele den Minen benachbarte Wohnquartiere längst im Chaos versunken sind, wird die Aufklärung des Sachverhalts kaum möglich sein.

Verhängnisvoll ist auch, dass eine große Zahl der streikenden Bergleute ihren Gewerkschaften das Vertrauen entzogen hat. Das gilt sowohl für die einst mächtige National Union of Mineworkers (NUM) als auch für die zuvor auf Kosten der NUM stark gewachsene, wohl eher trotzkistische Association of Miners and Construction Union (AMCU). NUM war zuvor lange Zeit mächtigste Einzelgewerkschaft in dem Gewerkschaftsdachverband Cosatu, dem Allianzpartner von ANC und SACP. Unter den Bergleuten war die Überzeugung verbreitet, die NUM- und AMCU-Funktionäre seien von den Bergbaukonzernen korrumpiert worden. Unter den Eignern des Bergwerks in Marikana ist übrigens Cyril Ramaphosa. Der einstige NUM-Generalsekretär war der dominierende Akteur bei den Transformationsverhandlungen (1989–1994) mit der weißen Minderheit. Im Dezember 2012 wählte der ANC den Mineneigner zum Stellvertreter seines Präsidenten Jacob Zuma – ein denkbar ungünstiges Signal für die Masse der verarmten schwarzen Südafrikaner.

Die wilden Streiks wurden erst Ende 2012 beigelegt. Vertragspartner der Unternehmer waren folgerichtig nicht mehr die Gewerkschaften, sondern Streikkomitees der Bergleute. Allerdings ist auf Seiten der Unternehmen eine gefährliche, Investitionen hemmende Verunsicherung geblieben. Denn mit der Marginalisierung der etablierten Gewerkschaften ist die Arbeitnehmerseite unberechenbar geworden. So ist die Sorge verbreitet, dass sich kaum beherrschbare Streikszenarien wiederholen werden. Fatal für den Bergbaustandort war schließlich, dass, wie häufig in Südafrika, die Streiks mit sehr hohen Sachschäden einhergingen.

Zum Ende des Jahres kam es im westlichen Kap ebenfalls zu wilden Streiks auf Obst- und Weinfarmen, abermals mit viel Vandalismus. Sie stießen in Südafrika und im Aus-

² Dazu detailliert Eve Fairbanks (2012).

land auf besonders großes Interesse, da das westliche Kap als einzige Provinz nicht von der ANC/Cosatu/SACP-Allianz, sondern von der oppositionellen Democratic Alliance (DA), einer vor allem von Weißen und Coloureds gewählten Partei, regiert wird. Dort steckte häufig die Zentralregierung hinter wilden Streiks, bot sich ihr damit doch eine Gelegenheit, die DA im „noch nicht befreiten“ Westkap zu schwächen.

4 „Cry, the beloved country“

Vor diesem Hintergrund erschien Ende Oktober 2012 das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* (2012) mit der Titelgeschichte „Cry, the beloved country – South Africa’s sad decline“. Bereits vor Jahren hatte es nicht an vereinzelt Warnungen vor einer Implosion des demokratischen Südafrika gefehlt. Eindrucksvoll etwa waren die Ausführungen des britischen Finanzanalysten David Roche 1998 im *Wall Street Journal*: Er sah den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch des Landes schon damals voraus. Doch folgten Unternehmen und ausländische Regierungen in der Regel dem Gebot politischer Korrektheit und priesen das südafrikanische „Wunder“.

Mit der Überschrift ihrer Titelgeschichte knüpfte die Zeitschrift an den gleichnamigen Roman des Schriftstellers und Anti-Apartheid-Aktivistens Alan Paton aus dem Jahr 1948 an. Paton hatte 1987 seine in Südafrika zahlreiche Leserschaft mit seiner, wie er selbst sagte, wichtigsten Frage Südafrikas konfrontiert: „Welches sind schwarze Hoffnungen und welches sind weiße Hoffnungen, und können sie zusammen gehofft werden?“

Seit Marikana mehren sich in der Wirtschaft die Stimmen der Besorgnis. Das gilt offenbar sogar für chinesische Unternehmen, die bislang am Kap auf dem Weg in die Omnipräsenz zu sein schienen. Erwartungsgemäß stuften zwei der großen US-amerikanischen Ratingagenturen, Standard and Poor’s und Moody’s, die Bonität einzelner südafrikanischer Unternehmen wie auch der Kaprepublik insgesamt herab und brachten damit die Währung massiv unter Druck. Fatal für den Wirtschaftsstandort Südafrika ist weiterhin, dass die führende britische Investmentbank J. P. Morgan Cazenove Mitte Oktober 2012 in einer Studie mit dem Titel *Dark days indeed for the mining industry* auf die Risiken für Investoren im Bergbau hinwies.

Wilde Streiks und damit verbundene allgemeine Unruhen können sich jederzeit wiederholen. Dasselbe gilt für Protestaktionen in den Townships und die Unfähigkeit der Polizei, dort die Kontrolle zurückzugewinnen. So wird verständlich, dass Gold Fields, der zweitgrößte Goldförderer des Landes, jetzt ankündigte, sich von den meisten seiner südafrikanischen Bergwerke zu trennen und sie in ein neues Unternehmen (Sibanye Gold) einzubringen. Schon vor ca. 30 Jahren hatten sich etwa britische Banken aus Sorge um ihr Ansehen als global agierende Akteure von ihren in Südafrika tätigen Tochterunternehmen getrennt. Nun sehen wir einen weiteren Schritt der Distanzierung großer Unternehmen von dem Neuen Südafrika, der vielleicht ähnlich bedeutsam wie die Entscheidung von Anglo-American, dem größten Unternehmen des Landes, war, seinen Hauptsitz von Johannesburg nach London (1998) zu verlegen. Seither haben weitere bedeutende Unternehmen diesen Schritt nachvollzogen.

5 Eine nationale Konferenz zur Zukunft Südafrikas

Zu Recht hat Mamphela Ramphele in ihrer „Solomon-Mahlangu-Vorlesung“ geäußert: „South Africa is seen to be in the grip of self-sabotage“ (Ramphele 2012b). Sie versucht, dieser Entwicklung durch die Gründung einer neuen Oppositionspartei mit Namen Agang („Bauen“) zuvorzukommen, die eng mit der etablierten, ehemals liberalen, heute eher sozialdemokratischen Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) zusammenarbeiten wird. Es erscheint freilich kaum vorstellbar, dass in absehbarer Zeit eine andere politische Formation durch einen Wahlsieg die Regierungsverantwortung übernehmen kann. Denn der ANC ist keine herkömmliche politische Partei, sondern eine nach Jahrzehnten des Kampfes erfolgreiche Befreiungsbewegung (Dickow 2010). Ähnlich wie im Fall der ZANU-PF in Simbabwe wird es ihr Selbstverständnis verbieten, dem Wahlsieger die Regierungsverantwortung zu überlassen, mag das nach einer verlorenen Wahl nach herkömmlichen Spielregeln auch geboten sein. Zudem ist eine zunehmende Politikverdrossenheit zu konstatieren – frustrierte schwarze Südafrikaner greifen eher zu außerparlamentarischem Protest, als ihr Heil in Wahlen zu suchen.

Wie schon vor dem Beginn der Transformationsverhandlungen (1989), sind die Südafrikaner auch jetzt nicht in der Lage, ihre dringendsten Probleme ohne die vermittelnde Diplomatie Dritter zu lösen. Das zeigen u. a. die fehlgeschlagenen Verhandlungen über eine unstreitig erforderliche Landreform, die Regierungsvertreter und Funktionäre der Farmerverbände zusammenführten (Cronjé 2011). Es gilt u. a. zu verhindern, dass eine Landreform, wie vor einem Jahrzehnt in Simbabwe, zu einer Zerstörung der modernen Landwirtschaft führen wird. Dies umso mehr, als Letzteres in Südafrika, anders als in dem inzwischen verwüsteten nördlichen Nachbarstaat, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ohne bewaffnete Kämpfe geschehen würde. Denn die Zahl kommerzieller Farmer ist mit knapp 40.000 ungleich größer als in Simbabwe. Auch sind sie in Südafrika gut organisiert und bewaffnet.

In Wahrnehmung britischer nationaler Interessen zwangen der ebenso geniale wie rücksichtslose Botschafter Sir Robin Renwick („His Excellent Excellency“) und sein Nachfolger Sir Anthony Reeve nach Ende des Kalten Krieges die Regierung der weißen Afrikaner um Staatspräsident F. W. de Klerk, die Politik der Apartheid aufzugeben und mit dem ANC eine neue politische Ordnung auszuhandeln. US-Botschafter Bill Swing und sein Nachfolger, der äußerst kundige Botschafter Princeton Nathan Lyman, die die gewaltige Wirtschafts- und Militärmacht der USA vertraten, stärkten die Rolle Londons ohne Einschränkungen (Ropp 1996). Heute ist noch unvorstellbar, dass sich der ANC und seine Verbündeten auf das Vermittlungsangebot irgendeines Dritten einlassen. Das mag sich ändern, wenn das demokratische Südafrika einer Implosion noch näher kommt. Wie in den Jahren des Umbruchs in Südafrika und Namibia, wird die deutsche Regierung an einer vermittelnden Diplomatie nicht teilhaben (Ropp 2009). Ihr fehlt es heute, wie früher in der Ära von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, an Sachkunde. Letzterer hatte, ohne Kenntnis Südafrikas, die Positionen des ANC übernommen und so die Bonner Politik lange dominiert. Genscher agierte zunächst unter dem außenpolitisch so erfahrenen Bundeskanzler Helmut Schmidt als in das südliche Afrika abgedrängter Nebenspieler, schließlich ab dem 1. Oktober 1982 unter Bundeskanzler Helmut Kohl als mit großer Machtfülle ausgestatteter Bundesaußenminister. Genscher hat es nie verwunden,

dass der damalige südafrikanische Außenminister Pik Botha ihn am 17. Oktober 1978 bei einer Namibia/Südafrika-Konferenz in Gegenwart von u. a. Außenminister David Owen (GB) und Cyrus Vance (USA) ausgelacht hatte und diese daraufhin die Bonner Regierung aus den westlichen Bemühungen um die Überwindung der Apartheid in Südafrika und Namibia ausgeschlossen hatten.

Ohne eine abermalige interventionistische Diplomatie Londons und Washingtons kann Südafrika zu einem weiteren gescheiterten Staat Afrikas werden. Das wird nicht nur desaströse Folgen für die eng mit Südafrika verzahnte britische Volkswirtschaft haben. Denn es leben immer noch um die 750.000 britische – übrigens auch 100.000 deutsche – Staatsangehörige in Südafrika. Ihre Evakuierung aus einem in Anarchie versinkenden Südafrika wäre rein zahlenmäßig unmöglich, doch müsste der Heimatstaat zumindest versuchen, so viele Staatsbürger wie möglich in einem Krisenfall zu retten. Die Existenz des offenkundig von den USA initiierten und für die Bedürfnisse der botswanischen Luftwaffe weit überdimensionierten Militärflughafens Thebepatshwa bei Molepolole (Botswana) spricht für sich. Die Entfernung zum südafrikanischen Ballungsraum Johannesburg beträgt ganze 300km (Pabst 2006).

Britische und US-amerikanische Diplomatie wird, soweit das überhaupt noch möglich ist, mit den zwei Kardinalfehlern der südafrikanischen Post-Apartheid-Entwicklungen aufräumen müssen. Erstens muss die vermeintlich modellhafte liberale Verfassung im Interesse eines Minimums von Stabilität durch „ein bislang unbekanntes Modell gleichberechtigten Miteinanders mit besonderem Schutz von Minderheiten“ (Egon Bahr zit. n. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 1997) abgelöst werden. Dies in Implementierung des am 23. April 1994 – im Beisein des US-Botschafters Lyman und seines britischen Amtskollegen Reeve – von Thabo Mbeki (ANC) und Constand Viljoen geschlossenen Accord on Afrikaner Self-determination und Artikel 235 der Verfassung. Konkret kann das auf die Übernahme der Vorschläge hinauslaufen, die der UN-Sondergesandte und spätere Friedensnobelpreisträger Marti Ahtisaari im Auftrag des UN-Sicherheitsrats Anfang 2007 für das Kosovo vorlegte.

Der Zusammenbruch Jugoslawiens hat auch die deutsche Politik erkennen lassen, dass insbesondere in jungen, fragilen Demokratien massiver Minderheitenschutz der Schlüssel zu Stabilität ist. Das zu übersehen ist gleichbedeutend mit der Hinnahme von Illoyalität bestimmter Bevölkerungsgruppen bis hin zu möglichem Terrorismus. Diese Erkenntnis hat bekanntlich die Regierung in Ankara Friedensgespräche mit den aufständischen Kurden aufnehmen lassen. Auch der ANC hatte das erkannt und unterzeichnete daher den Accord. Knapp 20 Jahre später ist die Gefahr von Widerstand und Terrorismus noch größer. Denn die 2,7 Millionen Afrikaaner sind marginalisiert. 20 Jahre schwarze Vorherrschaft haben ihnen ein „Versailles“ beschert (Slabbert 2006), sie nicht nur aus privilegierten Positionen verdrängt, sondern auch ihre afrikaanse Sprache und Kultur massiv zurückgedrängt und Hunderttausende in die Armut getrieben. Im Unterschied zu den englischsprachigen Weißen haben sie in weit geringerem Maß die Möglichkeit der Auswanderung. Und dennoch hat sie ihre Zerstrittenheit bisher noch daran gehindert, mit dem ANC ein dauerhaftes Abkommen über ihre Stellung im neuen Südafrika zu suchen. Mit zunehmender Implosion des Landes werden die Afrikaaner ihre Reihen schließen. Kristallisationspunkt ist bereits heute die weiße Gewerkschaft Solidarität unter ihrem auch vom ANC/Cosatu/SACP-Lager sehr ernst genommenen Generalsekretär Flip Buys.

Neben der Regierung, der Minderheitenpartei Freiheitsfront (VF), Farmer- und sonstigen Berufs- und Wirtschaftsverbänden wird vor allem diese Gewerkschaft bei einer neuen nationalen Konferenz die Strukturen eines künftigen Südafrika aushandeln.

Neben den Afrikanern gibt es weitere Minderheiten wie die Coloureds (4,5 Millionen) und die in der Privatwirtschaft stark vertretenen Asiaten (1,3 Millionen), die sich ebenfalls zunehmend als Opfer des Neuen Südafrika empfinden – nach dem Motto „Früher waren wir nicht weiß genug, heute sind wir nicht schwarz genug“. Auch ihre Loyalität zum Staat würde durch verfassungsrechtlich garantierte Minderheitenrechte erheblich gestärkt. Ansonsten wird es im Fall der afrikaanssprachigen Coloureds zum Schulterchluss mit frustrierten weißen Afrikanern kommen, im Fall der Asiaten eine massiv wirtschaftsschädigenden Auswanderung.

Es mag sein, dass der Zerfallsprozess bereits so weit fortgeschritten ist, dass eine Restabilisierung Südafrikas in Anlehnung an die für das Kosovo gefundene Lösung nicht mehr denkbar ist. Die Alternative zu dem von Breyten Breytenbach bereits Anfang der 1990er Jahre für sein Land prognostizierten „variantes infinies des la barbarie“ ist dann nur noch die Ergänzung der Ahtisaari-Vorschläge um ein „Afrikaaner-Israel“ (Volksstaat), d. h. einer in Südafrika gelegenen Fluchtburg für jene weißen und braunen Afrikaaner, die im Land des ANC keine Zukunft für sich sehen. So hat Otto Graf Lambsdorff bereits 1986 in Anknüpfung an Egon Bahr argumentiert (Lambsdorff 1986). Außerhalb Südafrikas ist kaum bekannt, dass innerhalb der Afrikaaner über alles Vorgehende intensiv diskutiert und gestritten wird.

Der zweite Kardinalfehler der demokratischen Regierung besteht darin, dass sie durch ihre Politik der *affirmative action* die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen praktisch zerstört hat. Vor allem in den schwarzen Townships und den ländlichen Regionen wirkt vieles wie im Krieg zerstört. Altersbedingt kann durch die Wiedereinstellung der abgehalfterten Staatsdiener kaum Abhilfe gefunden werden und neue Kader stehen durch den Niedergang des Schulwesens nicht genügend zur Verfügung. Freilich könnten die Wiederversöhnung der Minderheiten (Afrikaaner, Coloureds, Asiaten) mit dem Staat und die Rücknahme der sie benachteiligenden Quotenregelungen dem Staatsdienst wieder qualifizierte Kräfte zuführen.

Der Wiederaufbau muss aber auch von außen kommen. Vorläufer eines solchen Szenarios war die mit immensum finanziellem und personellem Engagement vorgetragene internationale Unterstützung der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2010. Hier wurde die regierende ANC-Allianz bereits gezwungen, über ihren Schatten zu springen. Ohne diese beispiellose externe Unterstützung wäre die sichere und problemlose Durchführung dieses Großereignisses nicht möglich gewesen (Pabst 2011). Südafrika wird entsprechende Wiederaufbauhilfe benötigen, jedoch in noch weitaus größerem Umfang. Seine Partner von USA über Europa und Israel bis hin zu Indien und China werden in einer immensen Kraftanstrengung an einem Strang ziehen müssen. Andernfalls wäre die Demokratisierung Südafrikas der Auftakt zum Untergang der Kaprepublik gewesen.

Literatur

- Bundeskriminalamt. (2012). *Polizeiliche Kriminalstatistik Jahrbuch 2011*. 59. Ausgabe, Wiesbaden.
- Cronjé, F. (2011). Land reform. Business Day. <http://www.bdlive.co.za/articles/2011/07/01/francronje-land-reform.jsessionid=3BE1294D5090154A4C069F6264E47D67.present1.bdfm>. Zugegriffen: 3. Juni. 2013.
- Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt. (1977). „Ohne Verhandlungslösung ist die Gefahr des dritten Weltkrieges ständig gegenwärtig“, S. 8.
- Dickow, H. (2010). ANC Forever? Innenpolitische Entwicklungen und Parteien. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (1), 26–32.
- Fairbanks, E. (2012). „You have all the reasons to be angry“. A mine massacre and the fight for South Africa's future. *The New Republic*, 28–33.
- Financial Times. (1993). *Ohne Titel*, S. 3.
- Fukuyama, F. (1991). The new South Africa. *The National Interest*, 18, 13–28.
- Grill, B. (2012). „Wir ziehen in die letzte Schlacht“. *Die Zeit*, (7), 15–17.
- Hawkins, T. (2013). Absurdes Loblied auf die Landreform. Die Umverteilung von Ackerland hat Simbabwe in den wirtschaftlichen Ruin geführt. *welt-sichten – Magazin für Globale Entwicklung und Ökumenische Zusammenarbeit*, (5), 8–9.
- Insead/World Economic Forum. (2013). The global information technology report 2013. Growth and jobs in a hyperconnected world. http://www3.weforum.org/docs/WEF_GITR_Report_2013.pdf. Zugegriffen: 4. Juni. 2013.
- Jansen, J. D. (2012). The mathematics of democracy. The 2012 Helen Suzman memorial lecture. <http://www.hsf.org.za/siteworkspace/helen-suzman-memorial-lecture-the-mathematics-of-democracy-jonathan-jansen.pdf>. Zugegriffen: 6. Mai. 2013.
- Lambsdorff, O. Graf. (1986). Teilung Südafrikas als Ausweg. *Quick*, S. 32.
- Pabst, M. (2006). Herausforderung Bewaffnete Evakuierung. *Europäische Sicherheit*, (9), 29–33.
- Pabst, M. (2011). Südafrika: Sichere FIFA-Weltmeisterschaft, unsichere Zukunft. *Europäische Sicherheit*, (2), 74–79.
- Ramphela, M. (2012a). Tell my people that I love them – and that they must continue the struggle. University of Johannesburg, Centre for Education Policy Development, Solomon Mahlangu Memorial Lecture.
- Ramphela, M. (2012b). Conversations with my sons and daughters. Johannesburg: Penguin.
- Roche, D. (1998). „South Africa's Capital Crisis“. *The Wall Street Journal Europe*, S. 10.
- Ropp, K. Frhr. von der. (1996). *Südafrikas dorniger Weg auf der Suche nach Frieden*. Aufsätze 1975–1995. Baden-Baden: Nomos.
- Ropp, K. Frhr. von der. (2009). Die Haltung der Deutschen in der DDR und der Bundesrepublik zur Apartheid in der Republik Südafrika. Podiumsdiskussion mit U. van der Heyden, H. Möllers & K. Frhr. von der Ropp; Moderation: G.-R. Stephan. In U. van der Heyden & G.-R. Stephan (Hrsg.), *Deutsche südafrikanische Beziehungen. DDR – Bundesrepublik – Vereintes Deutschland* (S. 56–76). Potsdam: Schkeuditzer Buchverlag.
- Slabbert, F. van Zyl. (2006). *The other side of history. An anecdotal reflection on political transition in South Africa*. Johannesburg: Jonathan Ball.
- South African Police Service. (2012). Crime statistics: April 2011 – March 2012, Pretoria. http://www.saps.gov.za/statistics/reports/crimestats/2012/crime_stats.htm. Zugegriffen: 6. Mai. 2013.
- The Economist. (2012). *Cry, the beloved country. South Africa's sad decline*.
- UNDP – United Nations Development Program. (2013). *Human development report 2013*. The rise of the south: human progress in a diverse world. New York.